

Nationalrat  
Conseil national  
Consiglio nazionale  
Cussegl naziunal



## **24.2013      Petition Amnesty International. Für einen Waffenstillstand und die UNO-Hilfe in GAZA**

---

Bericht der Aussenpolitischen Kommission vom 1. Juli 2024

---

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) hat an ihrer Sitzung vom 1. und 2. Juli 2024 die von Amnesty International am 29. April 2024 eingereichte und von 45 485 Personen unterzeichnete Petition vorberaten.

Die Petition fordert dazu auf, die Finanzierung der UNRWA weiterzuführen und sich für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza einzusetzen.

### **Antrag der Kommission**

Die Kommission beantragt mit 16 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen, der Petition keine Folge zu geben.

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Laurent Wehrli

Inhalt des Berichtes  
1 Inhalt der Petition  
2 Erwägungen der Kommission



## 1 Inhalt der Petition

Die Petentinnen und Petenten appellieren an die Schweizer Behörden, die humanitäre Tradition der Schweiz zu verteidigen und sich auf die Seite des Völkerrechts zu stellen, indem sie die Finanzierung der UNRWA fortführen. Eine Aussetzung der Finanzierung und die Einstellung der Tätigkeit der UNRWA haben katastrophale Folgen für Millionen von Zivilpersonen und eine destabilisierende Wirkung auf die Nachbarländer, was auch den Interessen der Schweiz zuwiderläuft. Die Petentinnen und Petenten weisen zudem darauf hin, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu einem sofortigen Waffenstillstand in Gaza, zur Freilassung aller Geiseln und zur Errichtung eines humanitären Korridors aufgerufen haben. Die Schweiz, die der entsprechenden Resolution zugestimmt habe, müsse sich für deren Umsetzung starkmachen.

## 2 Erwägungen der Kommission

Die Kommission ist nach wie vor sehr besorgt über die Lage im Nahen Osten und deren Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Sie hält diesbezüglich fest, dass die Schweiz ihre Position auf multilateraler und bilateraler Ebene – auch gegenüber Israel – regelmässig bekräftigt und die Parteien immer wieder darauf hinweist, dass sie die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – namentlich jene für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza – sowie andere völkerrechtlich verbindliche Massnahmen umzusetzen haben. Die APK-N weist auch darauf hin, dass der Bundesrat am 8. Mai 2024 beschlossen hat, einen Beitrag von 10 Millionen Franken an den humanitären Hilfsappell der UNRWA zugunsten von Gaza zu leisten. Die Aussenpolitischen Kommissionen der eidgenössischen Räte, die zu diesem Entscheid konsultiert wurden, unterstützten den Bundesrat und sprachen sich für diesen Beitrag an die humanitäre Nothilfe in Gaza aus. Insofern wurde den wichtigsten Forderungen dieser Petition bereits Rechnung getragen.